

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Ausdrücker und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die siebengefaltete Zeile für Anzeigen aus Aue und Umgebung 50 Pfennige, auswärts 55 Pfennige, Reklamationszeile 60 Pfennige, auswärts 65 Pfennige. 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 70

Donnerstag, den 24. März 1927

22. Jahrgang

Erklärungen Stresemanns.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes. — Deutschland und Albanien. — Räumung des Rheinlandes.

Berlin, 22. März. Bei Einbringung des Etats des Auswärtigen Amtes nahm heute vormittag der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann das Wort zu einer Rede, in der er sich mit den Problemen der Weltpolitik beschäftigte, die im Rahmen unserer auswärtigen Beziehungen liegen, aber mehr oder weniger starke Rückwirkungen auf die Fragen ausüben können, die uns direkt angehen. Reichsminister Dr. Stresemann beschäftigte sich zunächst mit dem

Haushalt des Auswärtigen Amtes.

Dieser Haushalt, so erklärte der Minister, spielt im Rahmen des gesamten Haushalts nur eine sehr bescheidene Rolle. Im Vorjahr machte der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes 55 Millionen aus. Diesmal sind es 4 Millionen mehr. Festzustellen ist eine erfreuliche Verminderung der Einnahmen an Passgebühren um 1 Million. Der Rückgang ist zurückzuführen auf die Tendenz des Abbaues der Passgebühren. Es würde mich freuen, wenn ich Ihnen einmal einen Etat vorlegen könnte, aus dem die Einnahmen aus den Passgebühren überhaupt verschwunden sind. Denn es ist eine der unerwünschtesten Erscheinungen, daß wir den Verkehr zwischen den einzelnen Ländern durch Passgebühren erschweren, statt ihn zu fördern. (Beifall.) Der Minister befaßte sich sodann mit den alarmierenden

Meldungen über Albanien.

Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, fuhr er fort, glaube ich nicht, daß irgendwelche akute Gefahr besteht. Deutschland hat nur ein großes Interesse, daß die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas nicht gestört werden. Wir können nichts dabei gewinnen, daß Verwickelungen zwischen dritten Staaten entstehen. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbindnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleiches widerstrebender Interessen fördert. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten offen vor aller Welt zutage. Daß wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben, versteht sich von selbst. Der Minister erklärte dann, daß die deutschen Botschafter im Auslande nur den Auftrag haben, sich zu orientieren. Auch in der Reichshauptstadt sind Besuche der Vertreter großer Mächte im Auswärtigen Amt aus diesem Anlaß erfolgt. Der Minister beschäftigte sich dann mit der Anfrage einzelner russischer Zeitungen, ob Deutschland bei Verwickelungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu gestatten habe. Für diese Frage kommt ausschließlich der Artikel 16 der Völkerbundfassung in Betracht und zwar nach Maßgabe der bekannten Note. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art bestehen nicht.

Der Steuerausschuß des Reichstages hebt die Gemeindegetränksteuer auf.

Berlin, 22. März. Nach den Beschlüssen des Steuerausschusses des Reichstages ist die Gemeindegetränksteuer vom 1. April d. J. ab aufgehoben. Es bleibt die Biersteuer, die nicht mehr als 7 Prozent des Herstellerpreises betragen darf.

Kabinettsrat über das Arbeitzeittotgesetz.

Berlin, 22. März. Heute vormittag fand eine kurze Kabinettsitzung statt, auf deren Programm in erster Linie eine Besprechung über das Arbeitzeittotgesetz stand.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Berlin, 22. März. Die Tarifgemeinschaft der Eisenbahner hat ihre formulierten Forderungen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft überreicht. Die Eisenbahner-Gewerkschaften verlangen neben einer Lohnerhöhung von 8 Pfg. pro Stunde für die Lohngruppen 1-7 und für die Lohngruppe 8 75 Prozent der Lohngruppe 7, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich und zwar ohne Einbuße an Lohn.

Dr. Stresemann ging dann zu den einzelnen deutschen Fragen über und verkehrte die beiden

Tagungen des Völkerbundrates,

an denen Deutschland seit der letzten außenpolitischen Erklärung teilgenommen hat. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß der loyale Verständigungswille, den wir gezeigt haben, auch von der Gegenseite in den großen Fragen bewiesen werden wird, deren Lösung noch vor uns liegt:

Die baldige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland.

Der Minister riet, die weitere Entwicklung ohne Ausdrücke der Ungeduld abzuwarten. Aber das Wort „Abwarten!“ ist nicht gleichzusetzen mit passiver Resignation. Wir haben es nicht nötig, den guten Willen der Gegenseite durch Wiederholung gemachter Angebote oder neuer Anerbieten hervorzuheben. Denn es handelt sich um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt. Sie ist eine Forderung des gesamten deutschen Volkes. Der Minister schloß mit der Bitte um das Vertrauen, der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind.

Nanking gefallen.

Wüste Plünderungsszenen in Schanghai.

London, 22. März. Nach englischen Agenturmeldungen haben die Nordtruppen Nanking geräumt, die dort operierende Armee der Kantongregierung hat die Stadt ohne Kampf eingenommen.

Nach einer Neutermeldung aus Schanghai spielen sich im Stadtgebiet Tschapez wilde Tumulte ab. Die Kantongregierung kämpft dort gegen Streifende und Schantungstruppen, die von ihren Offizieren im Stich gelassen worden sind. Der in diesem Bezirk gelegene Nordbahnhof und 300 umliegende Gebäude stehen in Flammen. Es spielen sich dort Orgien des Mordens und Plünderens ab. Ein englischer Kreuzer wurde von Chinesen beschossen und erwiderte in einem kurzen Feuergefecht. Abteilungen von Schantungstruppen haben wiederholt schwache Stellen der englischen Verteidigungslinien im Niederlassungsgebiet durchbrochen. Sie wurden aber jedesmal entwisst und aus der Fremdenniederlassung entfernt.

In Hankau sind alle Banken wegen des Ungeistes geschlossen.

Die Chinesenstadt von Schanghai bietet heute das Bild, das man in Deutschland aus den Tagen der Spar-

Die Berliner Presse zur außenpolitischen Reichstagsdebatte.

Berlin, 23. März. Die „Deutsche Tageszeitung“ faßt das Ergebnis der gestrigen außenpolitischen Aussprache im Reichstag in die Worte zusammen: Außenminister und Parteien waren sich ebenso einig darüber, daß Deutschland ein großes Interesse an der Erhaltung des Friedens habe, wie daß ein Hervortreten bei der für uns natürlichen Reserve dennoch untunlich und gefährlich sei. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt die Ausführungen Dr. Stresemanns ein unzweifelhaftes Friedensbekenntnis und eine Abgabe an alle etwaigen Versuche, uns in das eine oder das andere Lager hinüberzuziehen. In der „Täglichen Rundschau“ heißt es: Die außenpolitische Aussprache im Reichstag kann jetzt mit der wichtigsten Front — nämlich nach außen — vor sich gehen. Sie ist nicht mehr ein großes innerpolitisches Ereignis, sondern sie ist eine parlamentarische Aktion, die sich nach außenpolitischen Gesichtspunkten richtet. Die „Germania“ sagt: Ganz allmählich rücken wir doch in eine den anderen Mächten gleichberechtigte Stellung auf. Ebenso wie der „Lokalanzeiger“ verlangt auch das „Berliner Tageblatt“ eine weitere Klärung über Genf. Die „Völkische Zeitung“ betont, die Anerkennung der außenpolitischen Grundzüge hat sich kräftig durchgesetzt. Der „Vorwärts“ unterstreicht den Satz Stresemanns: „Es ist für uns eine glückliche Tatsache, daß das wohlverstandene gesamteuropäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands sich völlig deckt.“

tafusunruhen noch in Erinnerung hat. Ueberall rote Fahnen, kommunistische Proklamationen an den Mauern, Barrikaden, hin und her eilende Truppen und Polizeimannschaften, verwundeten Transporte, eine aufgeregte Menschenmenge und von Zeit zu Zeit irgendwo das Knattern von Gewehrfeuer. Die Einnahme der Stadt vollzog sich fast kompos, da die reguläre Nordarmee keinerlei planmäßigen Widerstand leistete.

London, 23. März. „Times“ meldet aus Schanghai vom 22. März: Die Schiefererei in den chinesischen Stadtvierteln hat aufgehört. Aber es sind noch zahlreiche Brände zu beobachten. Das Hauptquartier der Nordtruppen erklärte heute, eine Meldung aus Hankau erhalten zu haben, wonach Außenminister Tschen und die Mitglieder der Regierung und des politischen Büros nach Schanghai unterwegs sind.

Eine offizielle britische Meldung über die heutigen Ereignisse besagt u. a.: Ungefähr 10 000 Mann Nordtruppen wurden nachmittags von 8000 Kantonesen überrumpelt. Die Nordsoldaten flüchteten auf die Grenze der internationalen Niederlassung zu, die an dieser Stelle von einem Duzend britischer Infanteristen besetzt war. Die Nordtruppen drangen in die Niederlassung ein und feuerten von hinten auf die britischen Soldaten und auf die anrückenden Kantonesen. Daraufhin antworteten die britischen Soldaten mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, bis die Eindringlinge die Waffen streckten. Der Rest der Nordtruppen, ungefähr 1200 Mann, flüchteten in den von Japanern gehaltenen Stadteil. Sie wurden interniert.

London, 23. März. Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ in Schanghai meldet, die 35 russischen Weibgardisten, die die Befragung des Panzerwagens „Große Mauer“ bildeten, haben sich nach erbittertem Widerstand ergeben. Ueber ihr Schicksal wird von dem provisorischen Komitee entschieden werden.

Amerika und die Befehung Schanghais.

Washington, 22. März. In den Regierungskreisen entfährt man sich jeder Stellungnahme über die Befehung Schanghais durch die Nationalisten. Seitens des Marineamtes wurde jedoch hervorgehoben, daß gegenwärtig nicht die Notwendigkeit zu bestehen sei, Verstärkungen nach Schanghai abzusenden.

Wirten in den chinesischen Gewässern.

Hongkong, 22. März. Der Dampfer der Indochinesischen Schiffsahrtsgesellschaft ist auf der Fahrt von Schanghai nach Hongkong von Wirten überfallen worden. Das Schiff wurde nach der Blas Bal gedrückt.

Die Verhandlungen über die Forderungen dürften laut „Vorwärts“ Ende dieser Woche beginnen.

Der Marienbader Streit beendet.

Prag, 22. März. Heute wird bekannt gegeben, daß das Staatliche Bodenamt die Kündigung für das Brunnenverlandhaus, das Zentralbad, die Goldene Angel, das Tepler Haus, das Neubad und das Salzsubwerk zurückgegeben hat. Dieser Schritt des Staatlichen Bodenamtes schließt zwar eine neuerliche Beschlagnahme nicht aus, zeigt aber, daß es den deutschen Regierungspartnern gelungen ist, in der Marienbader Frage zugunsten des Stiftes Tepl einzugreifen.

Prüfgelei zwischen Faschisten und Antifaschisten in Newyork.

Paris, 22. März. „Newyork Herald“ meldet aus Newyork, daß sich im Anschluß an eine faschistische Versammlung, die sich mit der Organisation des Empfanges des italienischen Fliegers de Binedo in Newyork befaßte, zwischen den Teilnehmern und antifaschistischen Elementen eine Streitigkeit entwickelt habe, bei der elf Personen, darunter zwei Polizisten, verletzt wurden. Elf Italiener wurden festgenommen. Bei einem der Verhafteten wurde eine Bombe beschlagnahmt.